

Ruck ins Nirwana

Die Auflösung des Reformstaus wird die deutschen Unternehmen endgültig ruinieren

Von

Heiner Flassbeck

Süddeutsche Zeitung, 11. Februar 2003

Der 2. Februar hat es an den Tag gebracht: Deutschland braucht Reformen. Für die Auguren des Reformstaus ist das Schicksal dieser Regierung besiegelt, wenn sie jetzt nicht zusammen mit der Opposition den berühmten Ruck wagt, den Roman Herzog schon vor Jahren eingefordert hatte.

Auf die Frage, was "Reform" ist, hört man im Grunde nur eine Botschaft: Es muss gekürzt werden, sozial verträglich sagen die einen, radikal die anderen. Hat ein Land über seine Verhältnisse gelebt, muss es genau wie ein Privatmann und ein Unternehmen den Gürtel enger schnallen. Weil das so unmittelbar einsichtig ist, vergeht kein Tag, an dem es nicht tausendmal nachgeplappert wird.

Das wäre nicht weiter schlimm, wenn die Volkswirte den Laienökonomien kräftig auf die Füße träten. Doch in Deutschland haben sich die Volkswirte zu einer Gemeinde zusammengeschlossen, die das betriebswirtschaftliche Verständnis von Wirtschaft regelmäßig bestätigt. Das gesamtwirtschaftliche Denken wurde systematisch über Bord geworfen. Mikroökonomie ist nicht Ergänzung, sondern Ersatz für die ungeliebte Makroökonomie.

Kann man sich aber tatsächlich von Unternehmensberatern Ratschläge holen, ohne in Sachen Wirtschaftspolitik fundamental zu versagen? Nein, und der Beweis ist leicht erbracht. Ein Unternehmen, das den Gürtel enger schnallt, um aus den roten Zahlen zu kommen, entlässt Arbeitskräfte. Was aber geschieht dann? Die freigesetzten Arbeiter gehen zum Arbeitsamt und erhalten 65 Prozent ihres Lohnes als Arbeitslosengeld. Sie schnallen ihren Gürtel enger, kaufen also 35 Prozent Güter weniger, weil sie ihre Ersparnisse nicht angreifen wollen. Das vermindert den Gewinn jener Unternehmen, die diese Güter hergestellt haben. Das aber ist nur der Anfang: Das Arbeitslosengeld bezahlt zwar der Staat. Der will aber keine höheren Schulden machen. Folglich kürzt er die Beamtengehälter oder streicht öffentliche Bauinvestitionen, um die höheren Ausgaben für Arbeitslosigkeit gegenzufinanzieren. Die Nachfrage nach Gütern und der Gewinn sinken weiter. Am Ende hat sich die Gewinnsituation der Unternehmen nicht um einen Euro verbessert.

Wo auch immer etwas gekürzt wird, negativ betroffen sind immer zuerst die Gewinne der Unternehmen. Ein Unternehmen mag seine eigene Lage durch die Entlassungen kurzfristig verbessern, den Unternehmen insgesamt hilft das nicht. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen einer einzel- und einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung: Wer den Gürtel enger schnallt, maltreatiert immer und im gleichen Augenblick die Unternehmen. Das gilt für den Staat, für Private und für die Unternehmen selbst. Es gilt für jede Art von Kostensenkung, sei es der Abbau der Lohnnebenkosten, Subventionskürzungen oder die Kürzung der Renten. Immer bilden die Gewinne den Gegenpart für Scheinerfolge beim Sparen.

Welcher vernünftige Mensch wollte eine solche Logik bestreiten? Wer würde nicht zugeben, dass ein einzelner Zuschauer im Kino seine Position durch Aufstehen verbessern kann, dass

alle zusammen das aber gerade nicht können. Die Wirtschaftspolitik aber hat das vollkommen verdrängt. Steuern senkt man, um die Gewinne, die Investitionen und die Zahl Arbeitsplätze zu erhöhen. Man kürzt aber gleichzeitig die Staatsausgaben, um "gegenzufinanzieren" und endet zum eigenen Erstaunen im Nichts.

Das vollständige Versagen dieser Politik zeigt sich sonnenklar in der unendlichen Geschichte der Steuerreformen. Keine Regierung, die nicht in den vergangenen dreißig Jahren eine „Jahrhundertsteuerreform“ gemacht hätte. Das Resultat für Investitionen und Arbeitsplätze ist verheerend. Zwar wurden die Steuern für Unternehmen in den vergangenen zwanzig Jahren massiv gesenkt. Dieser Rückgang der Steuerbelastung hat sich aber im Verhalten der Unternehmen in keiner Weise niedergeschlagen.

Anfang der achtziger Jahre hatte man gehofft, die Investitionsneigung der Betriebe ließe sich durch niedrigere Steuern verstetigen. Das Auf und Ab der Konjunktur würde vor allem durch den Verzicht auf ertragsunabhängige Steuern gebremst. Nichts dergleichen ist eingetreten. Die Unternehmen reagieren eher mit stärkeren Einschnitten in der Investitionstätigkeit als früher. Arbeitsplätze werden mindestens im gleichen Tempo wie früher abgebaut, die Klage über schrumpfende Gewinne und schlechte Perspektiven ist genauso laut wie früher. Das ist aber nicht die Schuld der Unternehmen, sondern allein die Schuld einer falschen Politik.

Weil die Konsolidierungsphilosophie verlangt, jede Steuersenkung durch Ausgabesenkungen oder Einnahmeerhöhungen an anderer Stelle zu finanzieren, können Steuerentlastungen niemals auf die Gewinne der Unternehmen durchschlagen. In schlechten Zeiten brauchen die Unternehmen handfeste Verbesserungen ihrer Lage und keine virtuellen „Anreize“ zum Investieren.

Jeder Chirurg weiß, dass er den Kreislauf des Patienten stabilisieren muß, wenn ein tiefer Schnitt gelingen soll. Wirtschaftspolitik in Deutschland aber wird derzeit von einer großen Koalition der Unwissenden nach dem Motto gemacht: Was kümmert uns der Zustand des Patienten, wenn nur die große Operation gelingt. Die Konstitution der deutschen Wirtschaft ist schon heute schlecht. Nach dem Ruck wird man verzweifelte Wiederbelebungsversuche unternehmen müssen, um das schlimmste zu verhindern.